

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.11.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Wessels, Johann

SPD-Fraktion

Burfeind, Heidrun

Götze, Horst

Haase, Hans-Dieter

Mecklenburg, Rico

Scheffel, Enno

Schulze, Kai-Uwe

für Horst Jahnke bis 18.45 Uhr

ab 17.12 Uhr bis 18.40 Uhr

für Benjamin Swieter

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut

Janßen, Heinz Werner

bis 18.35 Uhr

für Petra Orth

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Hoofdmann, Erwin

für Hillgriet Eilers

für Heino Ammersken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolk, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Brinkmann, Alwin

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard

Baumann, Albert

Büsker, Wilhelm

Hensmann, Rainer

Stomberg, Beate

Protokollführung

Jetses, Karin

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wessels begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.10.2008

Herr Bolinius weist darauf hin, bei den anwesenden Personen auf der ersten Seite sei er unter der Überschrift Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Renken unter Fraktion DIE LINKE. aufgeführt worden.

Herr Wessels stellt fest, es handele sich hier um einen Systemfehler, der sicherlich nicht gewollt sei.

Beschluss: Die Genehmigung Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligung und innere Organisation am 27.10.2008 wird mit diesen Änderungen genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 15/0887

Die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

Herr Lutz erklärt, bereits in den zahlreichen Fachausschüssen habe er bezüglich des Haushalts vorgetragen. Heute wolle er nur noch einmal darauf hinweisen, dass man für das Jahr 2009 als geplantes Jahr deutlich besser dastehe als in früheren Jahren. Im Verwaltungshaushalt seien

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

für das Jahr 2008 137 Mio. € eingeplant gewesen. Im Moment würde es so aussehen, als ob diese auch erreicht würden. Im Verwaltungshaushalt für 2009 seien 133,5 Mio. € vorgesehen. Damit würde man deutlich über dem Wert der letzten Jahren liegen. Nach seiner Schätzung setze die Stadt Emden insgesamt mit ihren Töchtern 340 Mio. € um. So sei die Stadt ein etwas größer geratenes mittelständisches Unternehmen, in dem auch eine innere Verwaltung tätig sei. Für diese innere Verwaltung werde in diesem Jahr 5.985.000 € ausgegeben. Mit diesem Haushalt müsse relativ sparsam umgegangen werden, denn die nächsten Jahre würden nicht besser werden. Für die Jahre 2008 und 2009 bleibe er bei seinen Voraussagen. Sollte sich dennoch zwischenzeitlich etwas ändern, werde er den Rat darüber informieren, um notfalls mit einem Nachtragshaushalt noch tätig zu werden. Abschließend teilt Herr Lutz mit, er stehe für Fragen zu dem jetzt vorliegenden Haushaltsplan und dem Budgetbuch jederzeit zur Verfügung. Doch gehe er davon aus, dass dieses Budgetbuch nicht in der Ratssitzung am 04.12.2008 debattiert werde, da seitens der Fraktionen noch Beratungsbedarf bestünde. Ein möglicher neuer Termin könnte seines Erachtens der 29.01.2009 sein.

Herr Wessels bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase erklärt, im Hinblick auf die mögliche Wirtschaftskrise könne man froh darüber sein, dass in den Jahren 2007 und 2008 die Hausaufgaben solide gemacht worden seien. Er gehe davon aus, dass dieses auch im Jahre 2009 gelingen werde, zumal Steuern und Entwicklungen sich erst immer mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Stadt auswirken würden.

Er fragt zum einen an, mit welchen über- und außerplanmäßigen Ausgaben noch bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 zu rechnen sei. Des Weiteren stellt er die Frage, ob irgendwann im Laufe des Jahres Kassenkredite notwendig geworden seien und ob möglicherweise ein höherer Sicherheitspuffer für das nächste Jahr benötigt werde.

Abschließend stellt er fest, die SPD-Fraktion habe bereits angekündigt, dass sie noch Beratungsbedarf habe. Der von Herrn Lutz genannte Termin im Januar 2009 sei durchaus ausreichend, um entsprechende Beratungen und zwischenfraktionelle Absprachen durchführen zu können.

Herr Lutz erläutert zum Zeitplan, die Haushaltsvorlagen seien in den Ausschüssen behandelt worden und es bestehe kein zusätzlicher Beratungsbedarf, sodass die möglichen Termine komplett abgestimmt werden könnten.

Hinsichtlich der Kassenkredite erklärt Herr Lutz, im laufenden Jahr 2008 seien insbesondere in der ersten Hälfte Kassenkredite aufgenommen worden, die zur Jahresmitte zurückgezahlt worden seien. Derzeit gehe er davon aus, dass im nächsten Haushaltjahr, soweit die Steuereinnahmen wie errechnet fließen würden, voraussichtlich der Höchstbetrag der Kassenkredite gemäß § 4 der Haushaltssatzung ausreichend sein müsste.

Zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben führt Herr Lutz aus, zwei überplanmäßige Ausgaben würden noch zur Beschlussfassung in den Rat kommen. Es handele sich hierbei um einen Antrag der Musikschule in Höhe von 68.000 € und um eine Baumaßnahme in Höhe von ca. 450.000 €

Herr Koziolk bemerkt, es sei zu begrüßen, dass der kommunale Schuldenstand geringer sei als im Vorjahr. Er bezieht sich auf einen Artikel in der „Emder Zeitung“, in dem habe gestanden, dass die kommunale Verschuldung in Höhe von 1.670 € pro Einwohner gegenüber der Staatsverschuldung doch relativ gering sei. Seiner Meinung nach könne man dieses so nicht sehen, da die prozentuale Verteilung eine andere sei.

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Abschließend fragt er an, wo er im Haushaltsbudgetbuch die Pensionsrückstellung finden würde.

Herr Lutz entgegnet, die Zahl, die in der Presse genannt worden sei, stamme aus dem Bericht des Kommunalprüfungsamtes, das im Jahr 2007 die Stadt Emden für den Zeitraum von 2002 bis 2006 geprüft habe. Den aktuellen Stand könne man immer im Vorbericht entnehmen. Herr Lutz erläutert anschließend ausführlich den Schuldenstand und wie diese zu berechnen sei.

Hinsichtlich der Pensionsrückstellung erklärt Herr Lutz, zurzeit würden keine Rückstellungen gebildet werden, da noch kameral gebucht würde.

Herr Bongartz bemerkt, die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass bei der Schätzung der Steuereinnahmen wieder ein relativ konservativer Ansatz genommen worden sei, sodass man darauf hoffen könne, dass auch in diesem Jahr der Haushalt wieder ausgeglichen sei.

Weiter führt er aus, er habe aus der Zeitung erfahren, dass die ev.-ref. Kirche das Bauvorhaben an der Neuen Kirche nicht weiter vorantreiben wolle. Man sollte sich vor Beginn der Haushaltsberatungen darüber Klarheit schaffen, wie mit den im Haushalt für die Sanierung der Kirche zur Verfügung gestellten 500.000 € umzugehen sei. Dieses Geld würde nicht ausgegeben werden, da nicht bekannt sei, ob es hier vorangehe.

Auch sei der Presse zu entnehmen gewesen, dass die ev.-ref. Kirche für die Johannes a Lasco Bibliothek eine Lösung suche, wobei der Name der Stadt Emden gefallen sei. Er fragt an, ob es seitens der Verwaltung Erkenntnisse geben würde, wozu es führe, wenn die Stadt Emden hier einsteige und was dann ggf. in diesen Haushalt eingeplant werden müsste. Seines Erachtens sei es notwendig, vor den Haushaltsberatungen Klarheit zu haben.

Herr Haase bezieht sich auf den Beitrag von Herrn Koziolk. Seiner Meinung nach müsse man die Schuldenproblematik in anderen Verhältnissen sehen als zum Verhältnis der Landes- oder Bundesverschuldung und könne sich nur mit kreisfreien Städten in Niedersachsen vergleichen. Hier sei festzustellen, dass Emden eine der Städte sei, die eine verhältnismäßig geringe Verschuldung habe. Außerdem sei man tatsächlich dabei, Schulden abzubauen.

Weiter führt er aus, aufgrund der heutigen Berichterstattung könne man davon ausgehen, dass ein freier Haushaltsposten in Höhe von 500.000 € zur Verfügung stehe. Er verstehe den Artikel so, dass im Jahre 2009 seitens der entsprechenden Förderung das Ganze nicht zustande komme. Seiner Ansicht nach wäre die Stadt Emden gut beraten, dieses zusätzliche Geld jetzt nicht auszugeben, sondern zu schauen, was die Einplanungsgespräche für die Projektförderung für das Jahr 2010 ergeben würden, um dann sozusagen mit den übertragenen Mitteln schon einmal einen Ansatz zu haben. Das sei man seines Erachtens der Neuen Kirche und der Stadt schuldig.

Hinsichtlich des Problems Johannes a Lasco Bibliothek bittet Herr Haase um einen Sachstandsbericht. Auch dort müsse man ein hohes gemeinsames Interesse haben, dass dieses Aushängeschild für Emden erhalten bleibe.

Herr Bolinius ist ebenfalls der Ansicht, dass Emden im Vergleich zu anderen Städten sehr gut dastehe. Seiner Meinung nach sei dieses auch ein Verdienst von Rat und Verwaltung. Es sei hier konservativ gehandelt und nie über die Verhältnisse gelebt worden. Bezüglich der Informationen zur Neuen Kirche sei er nicht sonderlich überrascht gewesen, da er davon schon vor längerer Zeit gehört habe.

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Hinsichtlich der Haushaltsberatungen schlägt Herr Bolinius vor, alle Briefe zu sammeln und sich interfraktionell zusammensetzen, um so Prioritäten zu setzen. Seine Fraktion sei mit einer Ratssitzung am 29.01.2009 verstanden, da bis zu diesem Zeitraum die Beratungen entsprechend abgeschlossen werden könnten.

Herr Renken bezieht sich noch einmal auf den Zeitungsbericht über die Äußerung von Herrn Lutz zur Finanzlage. Seiner Meinung nach sei dieser etwas differenziert gewesen. Herr Lutz habe heute mit den Worten Nachtragshaushalt gewarnt und damit dem Wort einen anderen Sinn gegeben, als der Rat dieses in den letzten Jahren kennengelernt habe.

Seines Erachtens müsse man jetzt nicht in Panik verfallen, sondern abwarten, was im nächsten Jahr auch auf die Stadt zukommen werde in Bezug auf das Thema Steuervorauszahlungen. Es seien in diesem Jahr durch die wirklich hervorragende Einnahmesituation sehr hohe Erwartungen geweckt worden. Man müsse der Bevölkerung vermitteln, dass das Jahr 2009 durchaus mit negativen Risiken belegt sei.

Bezüglich der Schulden der Stadt Emden führt Herr Renken ebenfalls aus, hier würde die Stadt Emden relativ gut im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städte in Niedersachsen liegen. Aber auf der anderen Seite müsse man auch ganz offen und ehrlich sagen, dass ein Grossteil in die städtischen Gesellschaften hineinverlagert worden sei. Im Budgetbuch gäbe es die Aussage, dass die Schulden im nächsten Jahr zunehmen würden. Man nehme also mehr Kredite auf als zurückbezahlt würden und zwar im Bereich des Bau- und Entsorgungsbetriebes. Im Kernhaushalt sei ein leichter Rückgang der Nettokreditaufnahmen gegeben.

Weiter bemerkt Herr Renken, hinsichtlich der Johannes a Lasco Bibliothek bitte er um einen kurzen Sachstandsbericht. Er warne davor, zu spekulieren und das Wort „Anforderungen“ der reformierten Kirche in die Diskussion zu werfen. Seiner Ansicht nach könne es nur eine gemeinschaftliche Lösung geben. Vor dem Hintergrund der sehr schwierigen Lage sollte mit diesem Thema sehr behutsam umgegangen werden.

Hinsichtlich der Neuen Kirche sei es sicherlich sinnvoll, in der mittelfristigen Finanzplanung die Sache durchaus nach hinten zu schieben. Man müsse sich überlegen, was machbar sei. Seiner Meinung nach dürften die Erwartungen nicht enttäuschen werden.

Herr Schulze bemerkt, im gestrigen Ausschuss für Gesundheit und Soziales sei es um eine Garantieerklärung für entstehende Planungskosten in Höhe von 12.500 € für das Mehrgenerationenwohnen gegangen, die die Stadt gegenüber der Gewoba abgeben sollte. Dazu seien Fragen aufgetaucht, die in dem heutigen Ausschuss beantwortet werden könnten.

Herr Bongartz erklärt hinsichtlich der Neuen Kirche, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die CDU-Fraktion wolle die 500.000 € anderweitig ausgeben. Er wolle nur wissen, wie man sich diesbezüglich verhalten solle.

Herr Brinkmann erklärt, der allgemeine Teil des Haushalts beruhe darauf, dass schon im Jahre 2007 für die Haushaltsberatungen 2008 eine Leitlinie entworfen worden sei. Aufgrund der Erfahrungen mit den Steuerzahlern werde sich dieses in den Jahren 2009 und 2010 noch fortsetzen. Nach seiner festen Überzeugung werde es danach unter normalen Bedingungen schwieriger werden. Herr Brinkmann geht anschließend kurz auf die Wirtschaftskrise ein und erläutert die Folgen für die Stadt Emden. Noch gehe man davon aus, dass das Jahr 2009 laufen werde, doch müsse eine ständige Prüfung gemacht werden. Ab Mitte des Jahres werde es dann erste Vergleichszahlen geben, die auch aussagekräftig seien. Seiner Meinung nach müsse man mit den Rücklagen sorgsam umgehen, denn es könne durchaus sein, dass dieses Geld benötigt werden.

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Hinsichtlich der Neuen Kirche führt Herr Brinkmann aus, er habe mehrere offene Gespräche mit verschiedenen Stiftungen und auch mit dem Ministerium geführt. Hier sei ihm deutlich gemacht worden, dass das Projekt im Rahmen der Möglichkeiten nicht durchführbar sei, da dieser Titel hoffnungslos überzeichnet sei. Zwar sei das Projekt stimmig, um bezuschusst zu werden. Wenn sich zum Jahresende entscheiden sollte, dass andere bereits bedachte Projekte nicht durchgeführt, sei das Projekt „Neue Kirche“ sofort wieder im Topf. Aus diesem Grunde würde es ein großer Fehler sein, wenn man das Geld zur Disposition stellen würde.

Herr Brinkmann führt weiter aus, bezüglich der Johannes a Lasco Bibliothek habe er in der vorletzten Verwaltungsausschuss-Sitzung ausführlich berichtet. Zu diesem Thema habe er sich seit Wochen nicht mehr geäußert. Er habe sehr wohl Gespräche geführt, um auch die Johannes a Lasco Bibliothek in die Lage versetzen zu können, mit personeller Hilfe das Problem im wissenschaftlichen Bereich zu lösen. Zwei entscheidende Leute der Kirche selber seien gewillt, die Johannes a Lasco Bibliothek nach einer Durststrecke wieder nach vorne zu bringen. Er habe zugesichert, mit personeller Unterstützung durch die Stadt Emden dazu beizutragen, dass die Kirche wieder ordnungsgemäß ihren eigentlichen Auftrag erledigen könne.

Herr Lutz erklärt zum Thema Mehrgenerationenwohnen, in der gestrigen Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales habe es die Anregung gegeben, das Grundstück für andere Zwecke wie z. B. den Ausbau des Krankenhauses zu nutzen. Es seien lange Gespräche mit interessierten Personen für das Mehrgenerationenwohnen geführt und verschiedene Grundstücke vorgeschlagen worden. Doch viele Personen kämen aus Barenburg und würden gerne in diesem Stadtteil wohnen bleiben. Das Grundstück für ein solches Projekt müsse auch eine bestimmte Größe haben. In Barenburg seien kaum Baulücken vorhanden, sodass dieser Platz der einzige sei, wo das Projekt tatsächlich durchführbar wäre. Auch sei die Lage ideal, da Kindergärten und Schulen in unmittelbarer Nähe vorhanden seien. Für die älteren Menschen könne eine Versorgung mit Krankendienstleistungen durch das nahe gelegene Krankenhaus gewährleistet werden. Aus diesem Grunde eigne sich das Grundstück für ein solches Projekt sehr gut. Da die Gewoba natürlich gewisse Aufwendungen habe, bestehe sie auf eine Garantierklärung, dass die anfallenden Planungskosten bezahlt würden. Eine Haushaltsstelle stehe zur Verfügung. Seiner Meinung nach sei das Mehrgenerationenwohnen eine sehr interessante Sache. Vorab sei auch die Möglichkeit geprüft worden, ob alte Gebäude umgebaut werden könnten. Diese würde aber nicht funktionieren. Die Frage, dass sich das Krankenhaus erweitern wolle, stelle sich eigentlich nicht, da das Grundstück für das Krankenhaus etwas zu weit entfernt sei. Eine mögliche Erweiterung sollte eher auf dem jetzigen Krankenhausgelände vorgenommen werden.

Herr Schulze bemerkt, seine Fraktion hätte diese Vorlage gerne beschlossen. Die CDU-Fraktion habe jedoch noch Beratungsbedarf gehabt. Aus diesem Grunde sei die Vorlage zurück in die Fraktionen verwiesen worden.

Herr Bongartz erklärt, seine Fraktion habe Beratungsbedarf, weil sie der Auffassung so nicht zustimmen könne. In Barenburg gäbe es einen großen Leerstand an Mehrfamilienhäusern. Seiner Meinung nach sei es vordringlich erforderlich, darin eine Lösung für das Mehrgenerationenwohnen zu suchen. Diese Häuser würden auch nahe am Krankenhaus, an Schulen und Kindergärten liegen. Dieses lukrative Grundstück würde in der Nähe des Krankenhauses liegen und es gäbe viele andere Optionen für eine Nutzung, die artverwandt zum Krankenhaus seien.

Zur Johannes a Lasco Bibliothek führt Herr Bongartz aus, es handele sich zusammen mit der Kunsthalle und mit dem Landesmuseum um ein Leuchtturmprojekt der Stadt. Man müsse versuchen, gemeinschaftlich einen Weg zu finden.

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Schulze stellt fest, die Verwaltung habe im gestrigen Ausschuss für Gesundheit und Soziales mitgeteilt, dass die Wohnungsbaugesellschaften in Barenburg angesprochen worden seien. Diese hätten ein solches Projekt nicht befürwortet.

Herr Wessels schlägt vor, die Punkte 5, 6 und 7 an die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2012
Vorlage: 15/0888

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 15/0889

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Anmietung eines neuen Verwaltungsgebäudes von der Gewoba für das Gesundheitsamt und die Beratungsstelle
Vorlage: 15/0963

Herr Brinkmann erklärt, im März 2003 hätten Rat und Verwaltung gemeinsam zum ersten Mal die Allianz der Vernunft beraten. Anlass dieses umfangreichen Programms sei es gewesen, die damalige Arbeitslosenquote von etwas mehr als 12 % zu senken. In den Jahren von 2003 bis 2007 hätten die Stadt und ihre Töchter 320 Mio. € freigesetzt. Für diese Projekte seien auch Kredite aufgenommen worden, da dieses Programm nicht allein erwirtschaftet werden konnte. Die Arbeitslosenzahl würde zwar schwanken, habe aber im Oktober 2008 bei 7,9 % gelegen. Im Mai dieses Jahres habe er gemeinsam mit Herrn Lutz zum Nachtragshaushalt die Allianz der Vernunft II dem Rat vorgeschlagen.

Herr Brinkmann zitiert aus der Niederschrift der Ratssitzung vom 26.06.2008, wonach alle Fraktionen sich positiv über dieses Programm ausgesprochen hätten, welches auch den Bau eines weiteren Verwaltungsgebäudes beinhalten würde. Alle Fraktionen hätten sich immer auf den Haushalt bezogen und nicht auf einzelne Aussagen.

Dieses sei für ihn Anlass gewesen, die Gewoba zu bitten, die Grundlagen eines möglichen Verwaltungsneubaus zu erarbeiten. Das Land Niedersachsen erinnerte vor einigen Tagen an den Verkauf des Hauses, in dem das Gesundheitsamt untergebracht sei. Auch die Räumlichkeiten des Sozialpsychiatrischen Dienstes, der seit ca. 25 Jahren in einer Baubaracke untergebracht sei, seien u. a. auch aus energetischen Gründen nicht mehr zumutbar. Weiter werde durch die geplante Neugestaltung im Bereich Agterum auch das Haus der Beratungsstelle ab-

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

gerissen. Mittlerweile hätten auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich dahingehend geäußert, dass sie in ein neues Verwaltungsgebäude ziehen wollen.

Herr Brinkmann führt weiter aus, nach dem Abriss des Neptunhauses würden zwei etwa gleich große Grundstücke zur Verfügung stehen. Die Verwaltung habe sich für den Standort an der Nesserlander Straße entschieden, da dieses Grundstück keine große Bebauung zulasse. Ein gleiches Gebäude auf dem Grundstück des ehemaligen Neptunhauses würde sich dort verloren vorkommen, da es solitär stehe. Außerdem sei das Grundstück für diesen Zweck eigentlich zu schade. Gleichwohl gebe es in der Entwicklung am Alten Binnenhafen derzeit einen Stillstand, den die Verwaltung durch den Bau eines Verwaltungsgebäudes beenden und somit der Weiterführung einer städtebaulichen Entwicklung auch Vorschub leisten wolle. Das sei die eigentliche Grundlage, warum man sich so entschieden habe. Er bittet nunmehr Herrn Baumann um seine Ausführungen.

Herr Baumann führt aus, Bezug nehmend auf den Vortrag von Herrn Brinkmann und der Feststellung der Verwaltung, dass ein neues Gebäude für das Gesundheitsamt mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und der Erziehungsberatungsstelle erforderlich sei, habe das Gebäudemanagement zunächst mit den Fachdiensten und Einheiten Gespräche geführt, um den tatsächlichen Raumbedarf festzustellen. In den jetzigen Gebäuden seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr unbefriedigend untergebracht, sodass nach einer ersten Grobplanung des Raumbedarfs Gespräche mit der Gewoba geführt worden seien. Aus seiner Sicht sei die in Zusammenarbeit mit der Gewoba gefundene Lösung bezüglich des Verwaltungsgebäudes sehr gut und habe sich bewährt. Nach mittlerweile knapp zwei Jahren seien die anfänglichen Probleme behoben und das Zusammenspiel mit der Gewoba laufe sehr gut.

Weiter erklärt Herr Baumann, nunmehr gäbe es erste Pläne des Architektenbüros Beyer + Freitag, die er jetzt anhand einer PowerPoint-Präsentation vorstellen wolle. Die Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einsehbar.

Herr Baumann bemerkt, die Kosten für den Neubau würden sich auf 3,1 Mio. € für die Gewoba belaufen. Bei dieser Bausumme betrage die jährliche Miete nach der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Gewoba knapp 275.000 € zuzüglich der Betriebskosten, die er im Moment auf 50.000 € titulierte habe. Nach Gesprächen mit der Gewoba könne man aufgrund der derzeit noch guten Zinssituation eventuell davon ausgehen, dass bei einer schnellen Entscheidung noch ein etwas günstigerer Zinssatz angeboten werden könne. Der jetzige Zinssatz sei mit 5,5 % kalkuliert. Haushaltstechnisch stünden für die Einheiten, die in dieses Gebäude einziehen würden, für das kommende Jahr 196.500 € zur Verfügung. Die Betriebskosten für das neue Verwaltungsgebäude würden ca. 325.000 € jährlich betragen, sodass die Aufwendungen um ca. 130.000 € jährlich ansteigen würden. Seines Erachtens seien diese Aufwendungen gut angelegt, da man durch den Neubau viele und bessere Synergieeffekte erziele.

Herr Haase bedankt sich für die Präsentation. Seiner Meinung bleibe es bei dem, was bei der Verabschiedung der Allianz II gesagt worden sei. Für ihn sei es ein wesentlicher Bestandteil gewesen, dass ein weiteres Verwaltungsgebäude gebaut werde. Jedoch habe es insbesondere von der Beratungsstelle Kritik wegen der Anonymität gegeben. Zwar habe er gehört, dass nunmehr in Sachen Diskretion gute Lösungen gefunden worden seien, doch würde es ihn interessieren, ob die Kritik aus den Reihen der Beratungsstelle endgültig verstummt sei. Seines Erachtens sollte man sich dann nicht allzu lange Zeit nehmen, hier eine Entscheidung zu treffen, denn der Kreditmarkt könne tatsächlich ganz schnell in ein anderes Extrem umschlagen. Die SPD-Fraktion werde – soweit die Frage mit der Beratungsstelle im Einvernehmen mit den Bediensteten gelöst sei – der Vorlage zustimmen, auch um den Stillstand am Binnenhafen ein wenig zu begegnen. Auch bitte er darum, im Verwaltungsausschuss oder im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Tourismus über diese Entwicklungen einmal zu berichten.

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Abschließend berichtet Herr Haase von Gesprächen, die er geführt habe. Hier sei darüber diskutiert worden, ob die Stadt Emden eigentlich über die nötigen Eigenmittel verfüge, wenn es zu bestimmten Unterstützungen seitens des Bundes, des Landes oder der EU kommen werde.

Herr Brinkmann entgegnet, die Stadt Emden sei immer flexibel gewesen, sodass die Konjunkturprogramme gar nicht so schnell aufgelegt worden seien. Bezüglich der Unterbringung in dem neuen Verwaltungsgebäude sei es so, dass die Leitung der Beratungsstelle diesen Weg mitgehen wolle. Auch der Sozialpsychiatrische Dienst begrüße eine Anbindung an das Gesundheitsamt.

Er sei fest davon überzeugt, wenn die Stadt Emden das Verwaltungsgebäude III nicht gebaut hätte, es auch heute nur Planungen bezüglich der Bebauungen am Alten Binnenhafen gäbe. Manchmal müsse die öffentliche Hand nach vorne schreiten. Hinsichtlich der Energieeinsparung betont Herr Brinkmann, auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht sei es zu begrüßen, wenn aus drei Standorten einer gemacht werde. Er bitte darum, diesen Weg mitzugeben, denn so setze der Rat ein weiteres Mal mehr als ein Ausrufungszeichen.

Herr Bongartz ist der Meinung, der Rat habe immer mutig entschieden wie z. B. beim Industriepark Frisia, weil der Vorschlag der Verwaltung vernünftig und überschaubar gewesen sei und sich letztendlich rechnete. Seitens der CDU-Fraktion werde heute nicht beschlossen werden können, da selbst den Fraktionskollegen, die in der Gewoba verantwortlich tätig seien, diese Pläne nicht bekannt seien.

Weiter betont er, seine Fraktion habe sich bei dem Haushaltsbeschluss der Allianz der Vernunft in der zweiten Form mit dem Bestandteil eines Verwaltungsgebäudes angeschlossen. Sie erachte es als vernünftig, da für das völlig abgängige Gesundheitsamt und für die Beratungsstelle sowie für die Baracke des Sozialpsychiatrischen Dienstes ein Ersatzbau benötigt werde. Jedoch habe er gewisse Bedenken bezüglich des Standorts und könne sich auch ein Verwaltungsneubau auf dem Grundstück des ehemaligen Neptunhauses sehr gut vorstellen. Die Standortfrage wolle er in seiner Fraktion noch diskutieren und dabei auch den Sachverstand der Verwaltung zu Rate ziehen.

Hinsichtlich der Kosten erklärt er, hier lasse er sich von der Gewoba nicht unter Druck setzen, da er das Krisenszenario nicht sehen würde. Auch hierüber wolle er erst in der Fraktion diskutieren, um dann zu einer Lösung zu kommen.

Herr Bolinius hält eine Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss am 01.12.2008 auch nicht für möglich. Weiter schlägt er vor, nicht den Verwaltungsausschuss, sondern den Rat entscheiden zu lassen, da es hier um eine Summe in Höhe von 275.000 € und 3,1 Mio. € für die Gewoba gehe.

Er erklärt, in seiner Fraktion würden die Meinungen über dieses Grundstück auseinandergehen. Herr Bolinius schlägt vor, dass Herr Baumann in einer Fraktionssitzung diese Pläne noch einmal vorstelle. Daher bitte er darum, diesen Tagesordnungspunkt in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Lutz hält die Mietkosten in Höhe von 275.000 € auf jeden Fall für einen nachvollziehbar kalkulierten Betrag.

Herr Schulze stellt heraus, er finde den Neubau sehr interessant und begrüßenswert, denn mit dieser Investitionssumme sei auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen verbunden. Er fragt an, ob

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

bezüglich der Heizungsanlage bereits über die Möglichkeit der Nutzung anderer Formen von Energie als Gas nachgedacht worden sei.

Herr Renken weist darauf hin, in der bisherigen Diskussion sei deutlich geworden, dass noch ein erheblicher Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe. Auch er sei über die Beratungsfolge sehr verwundert, sodass er diesem Projekt keine Zustimmung geben werde. Seine Fraktion habe Bedenken gegen die Unterbringung der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in einem solchen zentralen Gebäudekomplex, da es auch Folgen für die Beratungstätigkeit haben werde. Hier werde man noch einmal beraten müssen.

Weiter führt Herr Renken aus, im August sei noch davon gesprochen worden, dass die Bediensteten der ARGE in ein neues Verwaltungsgebäude einziehen würden. In den jetzt vorliegenden Planungen sei dieses nicht der Fall. Er fragt an, wie hier überhaupt die Entwicklungen und die Perspektiven aussehen würden. Außerdem erkundigt sich Herr Renken, ob bei der Summe von 3,1 Mio. € auch die Kosten für den Kauf des Grundstücks enthalten seien.

Herr Renken weist darauf hin, dass alle städtischen Gesellschaften in den letzten Jahren ihre Räumlichkeiten teilweise mit erheblichem Aufwand modernisiert hätten. Ihm sei bekannt, dass die Räumlichkeiten der Gewoba nicht ideal seien. Insofern müsse überlegt werden, ob in diesem Zusammenhang nicht auch hier eine Lösung zu finden sei.

Abschließend bemerkt Herr Renken, auch er sehe keinen akuten Handlungsbedarf, da der Weg der aktuellen Zinsentwicklung nach unten führe. Er schlage vor, über eine Meinungsbildung in den Fraktionen zu regeln, ob der Rat die ganze Angelegenheit an sich ziehe.

Herr Brinkmann führt aus, er habe nicht erwartet, dass heute alle Ratsmitglieder der Vorlage zustimmen würden. Als Verwaltungschef habe er dafür Sorge zu tragen, dass alles, was in der Verwaltung passiere, sowohl organisatorisch als auch kostenmäßig sinnvoll ablaufe. Was hinsichtlich der ARGE passiere, könne im Moment niemand sagen. Doch müsse hier auch eine Lösungsmöglichkeit zu gegebener Zeit gefunden werden. Auch würde er gemeinsam mit der Gewoba neue Möglichkeiten suchen und das Gebäudemanagement mit einigen Teilen aus dem BEE zusammenzuführen, damit hier vernünftige Abläufe stattfinden könnten. Aber dieses stehe derzeit nicht an.

Auf die Frage hinsichtlich der Heizung erklärt Herr Brinkmann, soweit seien die Überlegungen noch nicht fortgeschritten, aber er werde dieses gerne als Anregung mitnehmen. Bezüglich des Grundstücks stimme er der FDP-Fraktion zu, dass das Gelände des ehemaligen Neptunhauses für ein Verwaltungsgebäude zu schade sei, besonders vor dem Hintergrund, dass in Emden in der Innenstadt fast keine repräsentativen Grundstücke vorhanden seien.

Bezüglich der Behandlung dieser Vorlage in der Ratssitzung bemerkt Herr Brinkmann, es handele sich hierbei um die Anmietung eines Verwaltungsgebäudes. Im Übrigen sollte darauf geachtet werden, dass Vorlagen dort behandelt würden, wo sie auch hingehörten.

Auf die Nachfrage von **Herrn Renken** im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse des Grundstücks antwortet **Herr Brinkmann**, dass der Verkauf noch nicht getätigt sei.

Herr Schulze gibt zu Bedenken, dass es lediglich 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien, die bei der ARGE arbeiten würden. Für ihn sei dieses kein Grund, ein neues Gebäude zu bauen. Außerdem sei im Moment noch nicht bekannt, ob und wann sie tatsächlich zurückkämen.

Herr Lutz ergänzt, unter Umständen würden es dann noch weniger Personen sein. Auf die Frage hinsichtlich der Kosten antwortet Herr Lutz, bislang seien die Abschreibungen nicht in

Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

den Mieten enthalten. Diese Abschreibungen müssten aber mit hineingebracht werden, weil sich das Buchhaltungssystem ändere. Hier verhält es sich genau wie bei den Rückstellungen für die Pensionen.

Herr Wessels schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt an die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Quartalsberichtsergebnis zum 30.09.2008
Vorlage: 15/0949

Herr Lutz teilt mit, hinsichtlich des Quartalsberichtsergebnis liege man im Gegensatz zu den sonstigen Jahren etwa 700.000 € über dem, was noch zum Anfang des Jahres erwartet worden sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.